



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VI/2015/01409**  
Datum: 04.11.2015  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Krause, Johannes  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.11.2015	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der SPD-Fraktion zu Widersprüchen des Oberbürgermeisters**

### Beschlussvorschlag:

In den letzten Monaten scheinen sich die Widersprüche des Oberbürgermeisters gemäß §66 KVG gegen die Beschlüsse des Stadtrates zu erhöhen.

Daher fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Gegen welche Beschlüsse des Stadtrates wurden seitens des jeweiligen Oberbürgermeisters/der jeweiligen Oberbürgermeisterin in den Jahren 2010 - 2015 Widersprüche eingelegt? (bitte tabellarisch nach Jahren unter Angabe der jeweiligen Antragstitel bzw. Vorlagennummern und nach Widersprüchen nach erneutem Beschluss des Stadtrates aufschlüsseln)

2. Wie wurden die entsprechenden Widersprüche durch die Kommunalaufsicht beschieden? (bitte in die Antwort auf Frage 1 integrieren)

gez. Johannes Krause  
Vorsitzender  
SPD-Fraktion



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

18. November 2015

**Sitzung des Stadtrates am 25.11.2015**

**Betreff: Anfrage der SPD-Fraktion zu Widersprüchen des Oberbürgermeisters**

**Vorlage: VI/2015/01409**

**TOP: 10.7**

**Antwort der Verwaltung:**

Wenn der Oberbürgermeister subjektiv der Auffassung ist, dass Beschlüsse des Stadtrates oder eines beschließenden Ausschusses rechtswidrig sind, so ist er gesetzlich verpflichtet, dagegen Widerspruch einzulegen. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, so hat er der Stadt persönlich den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen (§ 65 Abs. 3 KV LSA).

Es handelt sich innerhalb einer Stadt um ein Verfahren der gegenseitigen Kontrolle zwischen Stadtrat und Oberbürgermeister. Führt dieses nicht zu einer Lösung, entscheidet die externe Kommunalaufsichtsbehörde.

Bedauerlicherweise wurde von diesem Verfahren bis zu Beginn meiner Amtszeit nur wenig oder gar nicht Gebrauch gemacht. Nur so ist es zu erklären, dass die Stadt hoch verschuldet war, keinen bestätigten Haushalt hatte, nur geringe Fördermittel erhielt, Altlasten aufarbeiten muss und die Vereine keine Planungssicherheit hatten. Das Land wollte letztlich sogar einen Sparkommissar einsetzen, der unmittelbar in die Finanzhoheit und in die kommunale Selbstverwaltung der Stadt Halle eingreifen sollte.

Dies vorausgeschickt ist die Antwort zu 1 und 2 aus der tabellarischen Übersicht zu entnehmen. Die Verwaltung hat alle Stadträtinnen und Stadträte einschließlich der Fraktionen unverzüglich und fortlaufend über die vom jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten eingelegten Widersprüche und die hierzu ergangenen Entscheidungen der Kommunalaufsichtsbehörde unterrichtet; alle Beschlüsse sind im Ratsinformationssystem eingestellt.

Der beigefügten tabellarischen Auflistung der angefragten Jahre 2010 bis 2015 können noch einmal die vom Hauptverwaltungsbeamten gegen die Beschlüsse des Stadtrates eingelegten Widersprüche unter Angabe der Beschlussgegenstände und Vorlagennummern einschließlich der ggf. erhobenen erneuten Widersprüche und Entscheidungen der Kommunalaufsichtsbehörde entnommen werden (*vgl. Anlage Auflistung Widersprüche*).

Im Ergebnis ist festzustellen, dass 80 % der bisher von der Kommunalaufsichtsbehörde entschiedenen Widersprüche als berechtigt angesehen und damit die zugrundeliegenden Beschlüsse des Stadtrats beanstandet worden sind.

Einige Widersprüche sind noch offen. Die tabellarische Übersicht wird fortgeführt und jährlich dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

## Übersicht Widersprüche 2010 - 2015

lfd. Nr.	Verhandlungsgegenstand	Beschluss Stadtrat	Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter	erneuter Beschluss Stadtrat	erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter	Entscheidung Landesverwaltungsamt
	<b>2010</b>					
	-					
	<b>2011</b>					
<b>1</b>	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen), Vorlage-Nr.: V/2011/09772	28.09.2011	06.10.2011	26.10.2011	02.11.2011	Beanstandungsverfügung vom 17.11.2011, damit Widerspruch stattgegeben
<b>2</b>	Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Förderung der Jugendhilfe, Vorlage-Nr.:V/2011/10211	23.11.2011	28.11.2011	14.12.2011	21.12.2011	Beanstandungsverfügung vom 13.02.2012, damit Widerspruch stattgegeben

lfd. Nr.	Verhandlungsgegenstand	Beschluss Stadtrat	Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter	erneuter Beschluss Stadtrat	erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter	Entscheidung Landesverwaltungsamt
	<b>2012</b>					
<b>3</b>	Beschlussvorlage Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der HWG mbH, Vorlage-Nr.: V/2012/11132, geändert durch Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vorlagen-Nr.: V/2012/11238	21.11.2012	27.11.2012  beschränkt auf die Beschlusspunkte 2. und 6. - Gewinnausschüttung	12.12.2012	18.12.2012	Beanstandungsverfügung vom 02.04.2013, damit Widerspruch stattgegeben
<b>4</b>	Beschlussvorlage Jahresabschluss 2011 der GWG mbH, Vorlage-Nr.: V/2012/11294, geändert durch Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vorlagen-Nr.: V/2012/11236	21.11.2012	27.11.2012  beschränkt auf die Beschlusspunkte 2. und 5. - Gewinnausschüttung	12.12.2012	18.12.2012	Beanstandungsverfügung vom 02.04.2013, damit Widerspruch stattgegeben
	<b>2013</b>					
<b>5</b>	Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen, Vorlage-Nr.: V/2013/11436	27.02.2013	07.03.2013	27.03.2013  mehrheitliche Ablehnung des Antrages, damit Widerspruch stattgegeben		Schreiben vom 18.03.2013, Hinweis: Prüfanträge betreffend Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis sind unzulässig

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verhandlungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Stadtrat</b>	<b>Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>erneuter Beschluss Stadtrat</b>	<b>erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>Entscheidung Landesverwaltungsamt</b>
<b>6</b>	Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019, Vorlage-Nr.: V/2013/11604	29.05.2013	04.06.2013	Antrag durch die Antragsteller in der Stadtratssitzung vom 19.06.2013 zurückgezogen		
<b>7</b>	Beschlussvorlage Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA, Vorlage-Nr.: V/2013/11577, geändert durch Änderungsantrag des stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses, Herrn Dölle, Vorlage-Nr.: V/2013/11692	29.05.2013	04.06.2013  beschränkt auf den durch Änderungsantrag eingefügten Beschlusspunkt: "Jugendamt eigenständiger Teil des Fachbereiches Jugend, Familie und Bildung" (V/2013/11692)	19.06.2013	25.06.2013	Beanstandungsverfügung vom 10.09.2013, damit Widerspruch stattgegeben
<b>8</b>	Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frau Dr. Bergner (CDU) - Anhebung Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Händel-Konservatoriums, Vorlage-Nr.: V/2013/11875	10.07.2013	18.07.2013	Widerspruch in der Stadtratssitzung vom 25.09.2013 zurückgezogen		

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verhandlungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Stadtrat</b>	<b>Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>erneuter Beschluss Stadtrat</b>	<b>erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>Entscheidung Landesverwaltungsamt</b>
<b>9</b>	Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt, Vorlage-Nr.: V/2013/11971	11.09.2013	24.09.2013	25.09.2013	01.10.2013	Schreiben vom 28.10.2013, keine rechtlichen Bedenken gegen Beschluss des Stadtrates
<b>10</b>	Dringlichkeitsvorlage Wirtschaftsplan 2014 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH und Klage gegen Bescheid des Landesrechnungshofes, Vorlage-Nr. V/2013/12353	18.12.2013	20.12.2013 beschränkt auf die Ablehnung des Beschlusspunktes 1,	29.01.2014	06.02.2014	Schreiben vom 07.03.2014, Stadtratsbeschluss rechtmäßig
<b>11</b>	Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt, Vorlage-Nr.: V/2013/12102	18.12.2013	23.12.2013	29.01.2014	05.02.2014	Beanstandungsverfügung vom 04.03.2014, damit Widerspruch stattgegeben
	<b>2014</b>					
<b>12</b>	Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule "Adolf Reichwein" Halle (Saale), Vorlage-Nr.: V/2014/12603	26.03.2014	02.04.2014	30.04.2014	12.05.2014	Beanstandungsverfügung vom 08.07.2014, damit Widerspruch stattgegeben

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verhandlungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Stadtrat</b>	<b>Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>erneuter Beschluss Stadtrat</b>	<b>erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>Entscheidung Landesverwaltungsamt</b>
<b>13</b>	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015, Vorlage-Nr.: V/2014/12398	26.03.2014	03.04.2014  beschränkt auf den Beschlusspunkt 1 c.,	30.04.2014	12.05.2014	Beanstandungsverfügung vom 25.07.2014, damit Widerspruch stattgegeben
<b>14</b>	Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale), Vorlage-Nr.: V/2014/12622	25.06.2014	07.07.2014	24.09.2014	02.10.2014	Beanstandungsverfügung vom 02.12.2014, damit Widerspruch stattgegeben
<b>15</b>	Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und Verlauf des Hochwasserschutzdeiches, Vorlage-Nr.: V/2014/12736	25.06.2014	08.07.2014	16.07.2014	28.07.2014  Widerspruchsrücknahme 29.09.2014	Schreiben vom 24.09.2014, eingegangen am 29.09.2014, keine Beanstandung Beschluss Stadtrat
<b>16</b>	gemeinsamer Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion der Alternative für Deutschland, der Fraktion der MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen, Vorlage-Nr.: VI/2014/00118	24.09.2014	06.10.2014	29.10.2014	06.11.2014	Beanstandungsverfügung vom 05.03.2015, damit Widerspruch stattgegeben

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verhandlungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Stadtrat</b>	<b>Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>erneuter Beschluss Stadtrat</b>	<b>erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>Entscheidung Landesverwaltungsamt</b>
<b>17</b>	Beschlussvorlage Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters, Vorlage-Nr.: V/2014/12764	24.09.2014	08.10.2014  beschränkt auf Beschlusspunkt 3 (Ablehnung Entlastung Oberbürgermeister)	29.10.2014	04.11.2014	Beanstandungsverfügung vom 18.02.2015, damit Widerspruch stattgegeben
<b>18</b>	gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Änderung der Schutzziele des Hochwasserschutzes am Gimritzer Damm, Vorlagen-Nr.: VI/2014/00323	26.11.2014	08.12.2014	28.01.2015	09.02.2015  Widerspruchsrücknahme 17.11.2015	Entscheidung liegt noch nicht vor
<b>19</b>	Beschlussvorlage Verkauf kommunaler Grundstücke, Vorlagen-Nr.: VI/2014/00018	17.12.2014	27.12.2014	28.01.2015  mehrheitlich der Beschlussvorlage zugestimmt und damit Widerspruch stattgegeben		
	<b>2015</b>					
<b>20</b>	Antrag der Fraktionen CDU/FDP, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES Forum zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg, Vorlage-Nr.: VI/2015/00666	27.05.2015	09.06.2015	08.07.2015	14.07.2015	Entscheidung liegt noch nicht vor



<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verhandlungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Stadtrat</b>	<b>Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>erneuter Beschluss Stadtrat</b>	<b>erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>Entscheidung Landesverwaltungsamt</b>
<b>21</b>	gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruhe-rechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen, Vorlage-Nr.: VI/2015/00610	24.06.2015	06.07.2015	30.09.2015	07.10.2015	Entscheidung liegt noch nicht vor
<b>22</b>	Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers", Vorlage-Nr.:VI/2015/00971	30.09.2015	07.10.2015	28.10.2015	03.11.2015	Entscheidung liegt noch nicht vor
<b>23</b>	Beschlussvorlage zur Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der prä-ventiven Jugendhilfe, Vorlage-Nr.: VI/2015/00655, geändert durch Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses, Vorlage-Nr.: VI/2015/01228	30.09.2015	13.10.2015	28.10.2015	10.11.2015	Entscheidung liegt noch nicht vor
<b>24</b>	Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale), Vorlage-Nr.: VI/2015/01299	28.10.2015	05.11.2015			

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verhandlungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Stadtrat</b>	<b>Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>erneuter Beschluss Stadtrat</b>	<b>erneuter Widerspruch Hauptverwaltungsbeamter</b>	<b>Entscheidung Landesverwaltungsamt</b>
<b>25</b>	Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices, Vorlage-Nr.: VI/2015/01295	28.10.2015	05.11.2015			
<b>26</b>	Beschlussvorlage Prozessvertretung der Stadt Halle (Saale) in dem Rechtsstreit Stadt Halle (Saale) ./. Bundesrepublik Deutschland vor dem Landgericht Halle, Az.: 5 O 2020/11, Vorlage-Nr.: VI/2015/01368	28.10.2015	05.11.2015			